

Tischvorlage 4

– ABSTIMMUNGEN LEITANTRAG „BILDUNG“ –

Zeilen 40 - 63

LAVO	Dirk u.a.	Robin u.a.	GJB
<p>Dass Kinder möglichst lange gemeinsam lernen und sich somit in einem Umfeld bewegen, das die Vielfalt unserer Gesellschaft widerspiegelt, ist dafür ein wichtiger Faktor. Langes gemeinsames Lernen befördert Inklusion – und das bedeutet für uns nicht nur, Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf an Regelschulen zu unterrichten, sondern jedes Kind so zu nehmen, wie es ist. Unser Ziel sind inklusive Schulen in einer inklusiven Gesellschaft. Beides bedingt sich gegenseitig. Ein gegliedertes Schulsystem erschwert dieses Ziel. Darum arbeiten wir daran, soziale Segregation zu überwinden.</p> <p>Jedes Kind mit all seinen Möglichkeiten und Potenzialen individuell im Blick zu haben, vom Kind aus zu denken und jedes Kind nach den eigenen Stärken und Schwächen zu fördern, ist dabei essentiell; genauso wie Lehrkräfte, die ihren Unterricht binnendifferenziert gestalten. Viele Berliner Schulen haben sich bereits diesen Zielen verschrieben und wir unterstützen jede einzelne Schule, die in diesem Sinne arbeitet. Weil diese Ziele in Gemeinschaftsschulen am besten umgesetzt werden können, ist dies die Schulform in der unsere Vorstellung von Bildungspolitik am besten verwirklicht wird. Darum setzen wir uns weiter für unser Ziel, die „eine Schule für alle ein“ – also langes gemeinsames Lernen in vielfältigen Gemeinschaftsschulen.</p> <p>Wir setzen darauf, durch finanzielle Anreize, Ermöglichen und stärkere Förderung alle Schulen von diesem Konzept zu überzeugen. Gleichzeitig richten wir unsere Politik darauf aus, längeres gemeinsames Lernen für alle Kinder zu erreichen.</p>	<p>Dass Kinder möglichst lange gemeinsam lernen und sich somit in einem Umfeld bewegen, das die Vielfalt unserer Gesellschaft widerspiegelt, ist dafür ein wichtiger Faktor. Langes gemeinsames Lernen befördert Inklusion – und das bedeutet für uns nicht nur, Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf an Regelschulen zu unterrichten, sondern jedes Kind so zu nehmen, wie es ist. Unser Ziel sind inklusive Schulen in einer inklusiven Gesellschaft. Beides bedingt sich gegenseitig. Ein gegliedertes Schulsystem erschwert dieses Ziel. Darum arbeiten wir daran, soziale Segregation zu überwinden.</p> <p>Jedes Kind mit all seinen Möglichkeiten und Potenzialen individuell im Blick zu haben, vom Kind aus zu denken und jedes Kind nach den eigenen Stärken und Schwächen zu fördern, ist dabei essentiell; genauso wie Lehrkräfte, die ihren Unterricht binnendifferenziert gestalten. Viele Berliner Schulen haben sich bereits diesen Zielen verschrieben und wir unterstützen jede einzelne Schule, die in diesem Sinne arbeitet. Weil diese Ziele in Gemeinschaftsschulen am besten umgesetzt werden können, ist dies die Schulform in der unsere Vorstellung von Bildungspolitik am besten verwirklicht wird. Darum setzen wir uns weiter für unser Ziel, die „eine Schule für alle ein“ – also langes gemeinsames Lernen in vielfältigen Gemeinschaftsschulen. Wir setzen darauf, durch finanzielle Anreize, Ermöglichen und stärkere Förderung alle Schulen von diesem Konzept zu überzeugen. Gleichzeitig richten wir unsere Politik darauf aus, längeres gemeinsames Lernen für alle Kinder zu erreichen.</p> <p><u>Uns eint die Überzeugung, dass diese Ziele vor allem in Gemeinschaftsschulen umgesetzt werden können, deshalb</u> richten wir unsere Politik darauf aus, längeres gemeinsames Lernen für alle Kinder zu erreichen. <u>Wir werden Schulen und Eltern diesen Weg aber weiterhin nicht vorschreiben, sondern wollen durch gute Praxis überzeugen und setzen auf ermöglichen statt verordnen. Gute Rahmenbedingungen für Schule und Unterricht und nachhaltige und verlässliche Unterstützung sind dafür wichtige Bedingungen. Dafür haben wir gute Konzepte, die wir politisch mehrheitsfähig machen wollen.</u></p>	<p>ModÜ LaVo</p> <p>OK</p>	<p>ModÜ LaVo</p> <p>OK</p>

L- 01- 144	Klemens Griesehop (Berlin- Pankow KV)	In Zeile 144 einfügen: Diskriminierungserfahrungen in Berliner Schulen. <u>Die Schulleiter*innen werden verpflichtet für die Lehrkräfte in den Regelklassen Fortbildungen zum sprachsensiblen Umgang mit Migrationskindern anzubieten. Für die schulinternen Fortbildungen (SchiLF) zur Inklusion eignen sich die Präsenztage, in denen Lehrer*innen zu Beginn des Schuljahres nach den Sommerferien zur Vorbereitung des Unterrichts in der Schule anwesend sein müssen.</u>	Abstimmung
------------------	---	--	------------

Zeilen 382 - 412

LAVO	Dirk u.a.	Robin u.a.	GJB
<p>Unter den allgemeinbildenden Oberschulformen hat die Gemeinschaftsschule die meisten Potenziale, Schule von den Kindern und Jugendlichen her zu denken. Durch die konsequente Binnendifferenzierung sind die Gemeinschaftsschulen näher an individualisierten Lernformen als andere Schulen. Um die Möglichkeit zu schaffen, noch individueller auf jedes Kind eingehen zu können, wollen wir, dass Gemeinschaftsschulen auch nach der 8. Klasse von der Bewertung mittels Ziffernnoten abweichen können. Die Sekundarschulverordnung sollte entsprechend verändert werden. Gemeinschaftsschulen zeigen wie erfolgreich der Gedanke des längeren gemeinsamen Lernens sein kann, aber auch wie anspruchsvoll diese Arbeit ist. Darum wollen wir die bestehenden Gemeinschaftsschulen darin unterstützen, noch besser zu werden und gleichzeitig daran arbeiten, dass noch mehr Gemeinschaftsschulen in Berlin entstehen. Da auch der Erfolg einer Gemeinschaftsschule mit dem Engagement und der Kompetenz des Kollegiums steht und fällt, wollen wir, dass die Senatsschulverwaltung zusammen mit der GEW eine umfassende Werbe- und Fortbildungskampagne startet, um für neue Gemeinschaftsschulen zusätzliche Lehrkräfte zu gewinnen. Wir begrüßen es, dass mit der Neufassung des Schulgesetzes die Gemeinschaftsschule als Regelschule festgeschrieben wird – dafür haben wir lange gekämpft. Damit haben alle Schulformen eine rechtlich gesicherte Basis, von der aus wir die Berliner Schulen weiter entwickeln wollen, damit an allen Schulen bessere Qualität möglich wird. Wir wollen, dass alle Gemeinschaftsschulen und Integrierten Sekundarschulen Wege zu allen Abschlüssen ermöglichen, das bedeutet auch, diesen Schulen eine eigene Oberstufe zu ermöglichen, wenn dies gewünscht ist oder gegebenenfalls auch durch Kooperationen den Weg zum Abitur frei zu machen. Außerdem wollen wir beim Neubau von Schulen darauf achten, dass künftig – wie im Koalitionsvertrag bereits verankert – vor allem Gemeinschaftsschulen oder Campuslösungen geplant werden. Hierauf werden wir bei der Planung in den Bezirken achten. ISSen und Gymnasien wollen wir ermöglichen, sich auch ohne Grundstufe in Gemeinschaftsoberschulen weiterzuentwickeln. Um die Weiterentwicklung von</p>	<p>[...]</p> <p>ISSen und Gymnasien wollen wir ermöglichen, sich auch ohne Grundstufe in Gemeinschaftsoberschulen weiterzuentwickeln. Um die Weiterentwicklung von <u>integrierten Sekundarschulen</u> und Gemeinschaftsschulen zu fördern,</p>	<p>ModÜ- LaVo</p> <p>ok</p>	<p>[...]</p> <p>vor allem Gemeinschaftsschulen oder Campuslösungen geplant werden. <u>Auf den Bau neuer Gymnasien soll verzichtet werden.</u> Hierauf werden wir bei der Planung in den Bezirken achten.</p>

<p>Gemeinschaftsschulen zu fördern, wollen wir ein Qualitätsprogramm Gemeinschaftsschule auflegen, damit alle Gemeinschaftsschulen allen Schüler*innen optimale Lernbedingungen bieten können. Der Bedarf an gezielter Unterstützung beginnt mit der Umwandlung in eine Gemeinschaftsschule, z.B. im Fusionsprozess, besteht aber auch beim Aufbau einer Oberstufe. Hierfür wollen wir finanzielle Mittel und Personal zur Verfügung stellen.</p> <p>Wir verkennen aber auch nicht, dass es auch unter den Gemeinschaftsschulen große Unterschiede gibt. Gute Schule muss in jedem Einzelfall, an jedem Standort immer wieder von Neuem erarbeitet werden. Zahlreiche Gemeinschaftsschulen benötigen auch künftig verlässliche Unterstützung, um ihren Schulentwicklungsprozess voranzubringen.</p> <p>Die große Stärke des Berliner Schulsystems, dass allen Kindern in Berlin die Wege zu allen Abschlüssen offen stehen, muss für Eltern und Schüler*innen transparenter werden. Obwohl nach der 10.Klasse mehr Schüler*innen in eine berufliche Schule gehen als auf eine gymnasiale Oberstufe, beherrscht die Frage nach dem Abitur weiterhin die öffentliche Debatte und die Schulpolitik. Wir wollen diese Schiefelage beenden und die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung stärken und auch nicht länger hinnehmen, dass in Berlin knapp 10 Prozent der Schüler*innen die Schule ohne einen Abschluss verlassen. Die Schulen, die mit dieser Aufgabe besonders zu kämpfen haben, wollen wir massiv und gezielt in ihrer Entwicklung unterstützen. Dabei muss es neben allen innerschulischen Maßnahmen auch eine umfassende Einbettung der Schulen in eine soziale Stadtteilarbeit geben, in deren Mittelpunkt die Familien der Schüler*innen stehen. Wir sind der Überzeugung: Wenn Schüler*innen länger gemeinsam lernen und der Weg zu allen Bildungsabschlüssen möglichst lange offen gehalten wird, trägt das zu guter individueller Förderung bei. Während Integrierte Sekundarschulen Schulkinder in Niveaustufen einteilen können, lernen Schüler*innen an Gemeinschaftsschulen wirklich integriert, gemeinsam und voneinander. Gemeinschaftsschulen sind deshalb aus Sicht von Bündnis 90/Die Grünen die Schulformen der Zukunft. Sie leben den Gedanken des längeren gemeinsamen Lernens am erfolgreichsten.</p>	<p>wollen wir ein Qualitätsprogramm <u>für guten Unterricht</u>Gemeinschaftsschule auflegen, damit alle Gemeinschaftsschulen allen Schüler*innen optimale Lernbedingungen bieten können geboten werden. Der Bedarf an gezielter Unterstützung beginnt <u>nicht erst</u> mit der Umwandlung in eine Gemeinschaftsschule, z.B. im Fusionsprozess, besteht aber auch <u>oder</u> beim Aufbau einer Oberstufe. Hierfür wollen wir finanzielle Mittel und Personal zur Verfügung stellen.</p> <p>[...]</p> <p>Wir sind der Überzeugung: Wenn Schüler*innen länger gemeinsam lernen und der Weg zu allen Bildungsabschlüssen möglichst lange offen gehalten wird, trägt das zu <u>guter individueller Förderung bei</u>. mehr Bildungsgerechtigkeit bei. Während Integrierte Sekundarschulen Schulkinder in Niveaustufen einteilen können, lernen Schüler*innen an Gemeinschaftsschulen <u>wirklich</u> konsequent integriert, gemeinsam und voneinander. Gemeinschaftsschulen sind deshalb aus Sicht von Bündnis 90/Die Grünen <u>die Schulformen der Zukunft</u>. besonders zu unterstützen. <u>Sie leben den Gedanken des längeren gemeinsamen Lernens am erfolgreichsten</u></p>	<p>[...]</p>	<p>[...]</p>
---	---	--------------	--------------

Zeilen 423-425

LAVO	Dirk J. u.a.	Robin V. u.a.	GJB
<p>Um eine Gleichwertigkeit zwischen Integrierten Sekundarschulen und Gymnasien herzustellen, möchten wir, dass auch Gymnasien mit den Schüler*innen arbeiten, die sie haben. Wir wissen, wie groß die Belastung durch das Probejahr und das sogenannte „Abschulen“ für die Kinder ist. Deshalb werden wir das Probejahr zu Anfang der Gymnasialzeit und das sogenannte „Abschulen“ von Kindern mit einigen schlechten Zensuren an eine ISS durch andere Maßnahmen ersetzen, die die Förderung des einzelnen Kindes im Blick haben, so dass alle Kinder, die einmal auf dem Gymnasium sind, auch dort zum Abschluss kommen können. Diese Maßnahmen wollen wir zeitnah gemeinsam mit allen Beteiligten erarbeiten. Lehrkräften, die sich Unterstützung wünschen, greifen wir mit Fortbildungsangeboten zu binnendifferenziertem Lernen unter die Arme.</p>	<p>Um eine Gleichwertigkeit zwischen Integrierten Sekundarschulen und Gymnasien herzustellen, möchten wir, dass auch Gymnasien mit den Schüler*innen arbeiten, die sie haben. Wir wissen, wie groß die Belastung durch das Probejahr und das sogenannte „Abschulen“ für die Kinder ist. Deshalb werden wir das Probejahr zu Anfang der Gymnasialzeit und das sogenannte „Abschulen“ von Kindern mit einigen schlechten Zensuren an eine ISS durch andere Maßnahmen ersetzen, die die Förderung des einzelnen Kindes im Blick haben <u>Dies wollen wir ändern und gemeinsamen mit allen Beteiligten beraten, welche Alternative es dafür gibt</u>, so dass alle Kinder <u>Schülerinnen und Schüler</u>, die einmal auf dem Gymnasium sind, auch dort zum Abschluss kommen können. Diese Maßnahmen wollen wir zeitnah gemeinsam mit allen Beteiligten erarbeiten. Lehrkräften, die sich Unterstützung wünschen, greifen wir mit Fortbildungsangeboten zu binnendifferenziertem Lernen unter die Arme.</p>	<p>ModÜ LaVo ok</p>	<p>ModÜ LaVo ok</p>

Zeilen 429-431

LAVO	Dirk J. u.a.	Robin V. u.a.	GJB
<p>Einige Gymnasien nehmen Kinder bereits nach der vierten Klasse auf. Unser Ziel hingegen ist das möglichst lange gemeinsame Lernen. Deshalb werden wir eine verbindliche Grundschulzeit von sechs Jahren durchsetzen. Gleichzeitig sehen wir die Flucht von staatlichen Grundschulen mit großer Sorge. Unser Ziel ist, mit einer Qualitätsoffensive unsere Grundschulen mindestens so attraktiv zu machen wie Schulen in nicht-öffentlicher Trägerschaft oder die Gymnasien, die heute in der fünften Klasse beginnen.</p> <p>Mittelfristig wollen wir die zentrale Gerechtigkeitslücke schließen und Grundschulen endlich besser unterstützen, dass sie auch in Klasse fünf und sechs alle Kinder bestmöglich fördern können.</p>	<p>Einige Gymnasien nehmen Kinder bereits nach der vierten Klasse auf. Unser Ziel hingegen ist das möglichst lange gemeinsame Lernen. Deshalb werden wir eine verbindliche Grundschulzeit von sechs Jahren durchsetzen. <u>Deshalb wollen wir keine weiteren grundständigen Gymnasien.</u> Gleichzeitig sehen wir die Flucht-Abwanderung von staatlichen Grundschulen <u>nach der 4. Jahrgangsstufe</u> mit großer Sorge. Unser Ziel ist, mit einer Qualitätsoffensive unsere Grundschulen mindestens so attraktiv zu machen wie Schulen in nicht-öffentlicher Trägerschaft oder die Gymnasien, die heute in der fünften Klasse beginnen. <u>Mittelfristig wollen wir die zentrale Gerechtigkeitslücke schließen und Grundschulen endlich besser so zu unterstützen, dass sie auch in Klasse fünf und sechs alle Kinder auch in den Jahrgangsstufen 5 und 6 bestmögliche Bedingungen zur optimalen Entwicklung ihrer Kompetenzen haben. fördern können.</u></p>	<p>ModÜ LaVo ok</p>	<p>ModÜ LaVo ok</p>

L-01-432-2	Meike Paula Berg (Berlin-Neukölln KV)	Von Zeile 432 bis 434: Es ist uns bewusst, dass wir damit auch neue Anforderungen an die Gymnasien stellen. Darum wollen wir die Gymnasien mit steigender Übernahme neuer Aufgaben auch entsprechend besser ausstatten und befähigen. <u>Wir wollen die Unterschiede zwischen Gymnasien und anderen Schulformen zunehmend abbauen und mittelfristig nur noch vielfältige Gemeinschaftsschulen in Berlin haben.</u>	Zurückgezogen
------------	--	--	---------------

Zeilen 470 - 497

LaVo	Dirk J. u.a. (Globalalternative)	Robin V. u.a. (Änderungen zu LaVo-Version unterstrichen)	GJB
<p>Schulen in nichtöffentlicher Trägerschaft</p> <p>Grüne Bildungspolitik bedeutet, sich zuerst und vor allem für ein starkes öffentliches Bildungsangebot einzusetzen. Wir wollen ein Bildungssystem, in dem eine Vielfalt pädagogischer Konzepte Platz hat – soweit es geht innerhalb des öffentlichen Bildungssystems.</p> <p>Schulen in nichtöffentlicher Trägerschaft waren oft Vorreiter bei der Erprobung neuer pädagogischer Konzepte. Einige dieser Schulen erproben alternative Schulkonzepte, doch selbst, wenn sie damit positive Erfahrung machen, werden diese kaum in den Schulbetrieb der staatlichen Schulen überführt. So kommen sie nur einem kleinen Teil von Schüler*innen zu Gute. Wir fordern deshalb einen Fonds, auf den sich alle Schulen mit Projekten bewerben können, die dann wissenschaftlich begleitet werden. Nach</p>	<p>Schulen in nicht-öffentlicher Trägerschaft</p> <p>Grüne Bildungspolitik für uns bedeutet, sich zuerst für ein starkes öffentliches Bildungsangebot einzusetzen ohne die Schulen in nicht-öffentlicher Trägerschaft zu vernachlässigen. Insbesondere das Selbstbestimmungsrecht und die Organisationshoheit von Schulgründungen aus der Elternschaft heraus haben für uns einen hohen Wert, besonders wenn sie einen emanzipatorischen Charakter und/oder einen reformpädagogischen Bildungsanspruch besitzen. Wir wollen andererseits aber auch ein öffentliches Bildungssystem, das die Vielfalt der pädagogischen Konzepte widerspiegelt und Reformpädagogik sowie echte Beteiligung und Mitbestimmung möglich machen. Auch Schulen in nicht-öffentlicher Trägerschaft waren oft Vorreiter bei der Erprobung neuer pädagogischer Konzepte und Organisationsformen. Gleichzeitig leisten sie in Berlin einen wichtigen Beitrag bei der Bereitstellung von Schulplätzen. In</p>	<p>Schulen in nichtöffentlicher Trägerschaft</p> <p>Grüne Bildungspolitik bedeutet, sich zuerst und vor allem für ein starkes öffentliches Bildungsangebot einzusetzen. <u>Deshalb hat die öffentliche Schule für uns sowohl finanziell als auch konzeptionell Priorität.</u> Wir wollen ein Bildungssystem, in dem eine Vielfalt pädagogischer Konzepte Platz hat – soweit es geht innerhalb des öffentlichen Bildungssystems.</p> <p>Schulen in nichtöffentlicher Trägerschaft waren oft Vorreiter bei der Erprobung neuer pädagogischer Konzepte. Einige dieser Schulen erproben alternative Schulkonzepte, doch selbst, wenn sie damit positive Erfahrung machen, werden diese kaum in den Schulbetrieb der staatlichen Schulen überführt. So kommen sie nur einem kleinen Teil von Schüler*innen zu Gute. Wir fordern deshalb einen Fonds, auf den sich alle Schulen</p>	<p>LaVo</p> <p>OK</p>

<p>Beendigung des Projektes wird entschieden, ob erprobte Lehr- und Lernmethoden oder Strukturen in den staatlichen Schulbetrieb überführt werden. Bei der Verteilung der Projekte soll darauf geachtet werden, dass diese Gelder stadtweit ausgeglichen verteilt werden und Schulen mit hohem Prozentsatz an Schüler*innen aus Familien mit mindestens einem transferleistungsberechtigten Elternteil sollen bei der Vergabe bevorzugt werden. Gleichzeitig leisten Schulen in nichtöffentlicher Trägerschaft in Berlin einen wichtigen Beitrag bei der Bereitstellung von Schulplätzen. In Berlin werden ca. 35.000 Schüler*innen an 128 dieser Schulen unterrichtet, das sind ca. 10 Prozent der Schüler*innen. Das Grundgesetz bietet die Möglichkeit, Schulen in nichtöffentlicher Trägerschaft zu gründen und setzt gleichzeitig enge Rahmen. Zentral ist dabei das so genannte „Sonderungsverbot“. Trotz dieses Verbots zeigen alle vorliegenden Daten, dass in der Realität tatsächlich vor allem Kinder aus bildungsnahen Familien solche Schulen besuchen. Kinder aus</p>	<p>Berlin werden ca. 35.000 Schüler*innen an 128 Schulen in nicht-öffentlicher Trägerschaft unterrichtet, das sind ca. 10 % der Schüler*innen. Das Grundgesetz bietet die Möglichkeit, Schulen in nicht-öffentlicher Trägerschaft zu gründen und setzt gleichzeitig dafür den entsprechenden Rahmen. Zentral ist dabei, dass die Schulen nicht die Sonderung von Schüler*innen nach den Besitzverhältnissen der Eltern fördern, d.h. es gilt das umgangssprachlich sogenannte „Sonderungsverbot“. Die vorliegenden Daten zeigen, dass vor allem Kinder aus bildungsnahen Familien Schulen in nicht-öffentlicher Trägerschaft besuchen, da der Betrieb der Schulen durch die schlechte öffentliche Finanzierung nur durch die Erhebung eines Schulgeldes von Eltern möglich wird. Kinder aus ärmeren und damit oft aus bildungsferneren Familien sind dadurch an den Schulen in nicht-öffentlicher Trägerschaft weniger zu finden. Wir wollen mit den Schulen in nicht-öffentlicher Trägerschaft zusammenarbeiten, um die Heterogenität innerhalb der Schulen künftig zu verbessern. Wir wollen mit ihnen klären,</p>	<p>mit Projekten bewerben können, die dann wissenschaftlich begleitet werden. Nach Beendigung des Projektes wird entschieden, ob erprobte Lehr- und Lernmethoden oder Strukturen in den staatlichen Schulbetrieb überführt werden. Bei der Verteilung der Projekte soll darauf geachtet werden, dass diese Gelder stadtweit ausgeglichen verteilt werden und Schulen mit hohem Prozentsatz an Schüler*innen aus Familien mit mindestens einem transferleistungsberechtigten Elternteil sollen bei der Vergabe bevorzugt werden. Gleichzeitig leisten Schulen in nichtöffentlicher Trägerschaft in Berlin einen wichtigen Beitrag bei der Bereitstellung von Schulplätzen. In Berlin werden ca. 35.000 Schüler*innen an 128 dieser Schulen unterrichtet, das sind ca. 10 Prozent der Schüler*innen. Das Grundgesetz bietet die Möglichkeit, Schulen in nichtöffentlicher Trägerschaft zu gründen und setzt gleichzeitig enge Rahmen. Zentral ist dabei das so genannte „Sonderungsverbot“. Trotz dieses Verbots zeigen alle vorliegenden Daten, dass in der Realität tatsächlich vor allem Kinder aus bildungsnahen Familien solche Schulen</p>
---	--	--

<p>ärmeren, bildungsferneren Familien sind wenig zu finden. Wir wollen mit den Schulen in nichtöffentlicher Trägerschaft zusammenarbeiten, um die Heterogenität innerhalb der Schulen künftig zu verbessern. Dazu sollen alle existierenden Schulen ein Konzept vorlegen, wie sie sich für Kinder aus sozial oder finanziell benachteiligten Schichten öffnen wollen. Die Umsetzung des Konzepts muss innerhalb von fünf Jahren geprüft werden. Ein zentraler Aspekt dabei ist zu garantieren, dass Kinder von Menschen, die Transferleistungen empfangen, nicht ausgeschlossen werden. Deren Beiträge wollen wir verpflichtend für alle Schulen auf null reduzieren. Um überprüfen zu können, welche Fortschritte gemacht werden, wollen wir mehr Transparenz schaffen. Alle Schulen sollen künftig beispielsweise anhand des Berlinpasses erheben, wie viele Kinder aus finanziell schwächeren Familien auf ihre Schule gehen. Derzeit wird in der Bildungsverwaltung an einem neuen Modell zur Finanzierung von Schulen in nichtöffentlicher Trägerschaft in Berlin gearbeitet. Wir wollen, dass die Finanzierung</p>	<p>wie sie sich für Kinder aus sozial oder finanziell benachteiligten Schichten öffnen und sicherstellen können, dass Kinder von Menschen die Transferleistungen empfangen, ebenfalls in die Schulen aufgenommen werden und nicht vom Schulbetrieb ausgeschlossen werden, sollten die Familien später Transferzahlungen beziehen. Deren Schulgeldbeiträge wollen wir auf null reduzieren und dafür einen staatlichen Ausgleich finanzieren. Dieses ist danach über einen Zeitraum von fünf Jahren zu überprüfen und zu evaluieren. Wir denken, dass es legitim ist, dass alle Schulen in nicht-öffentlicher Trägerschaft künftig anhand des Berlinpasses Daten erheben, wie viele Kinder aus finanziell schwächeren Familien auf ihre Schule gehen. In der Berliner Senatsbildungsverwaltung wird gerade an einem neuen Modell zur Finanzierung von Schulen in nicht-öffentlicher Trägerschaft gearbeitet. Wir wollen, dass die Finanzierung künftig stärker die soziale und inklusive Verantwortungsübernahme widerspiegelt. Das bedeutet konkret, dass Schulen in nicht-</p>	<p>besuchen. Kinder aus ärmeren, bildungsferneren Familien sind wenig zu finden. Wir wollen mit den Schulen in nichtöffentlicher Trägerschaft zusammenarbeiten, um die Heterogenität innerhalb der Schulen künftig zu verbessern. Dazu sollen alle existierenden Schulen ein Konzept vorlegen, wie sie sich für Kinder aus sozial oder finanziell benachteiligten Schichten öffnen wollen. Die Umsetzung des Konzepts muss innerhalb von fünf Jahren geprüft werden. Ein zentraler Aspekt dabei ist zu garantieren, dass Kinder von Menschen, die Transferleistungen empfangen, nicht ausgeschlossen werden. Deren Beiträge wollen wir verpflichtend für alle Schulen auf null reduzieren. Um überprüfen zu können, welche Fortschritte gemacht werden, wollen wir mehr Transparenz schaffen. Alle Schulen sollen künftig beispielsweise anhand des Berlinpasses erheben, wie viele Kinder aus finanziell schwächeren Familien auf ihre Schule gehen. Derzeit wird in der Bildungsverwaltung an einem neuen Modell zur Finanzierung von Schulen in nichtöffentlicher Trägerschaft in Berlin</p>
--	--	---

<p>künftig stärker die soziale Verantwortungsübernahme widerspiegelt. Das bedeutet konkret, dass freie Schulen, die mehr Kinder aus ärmeren, bildungsfernen Familien unterrichten, stärker durch die öffentliche Hand gefördert werden. Schulen in nichtöffentlicher Trägerschaft mit einer schlechten, sich nicht verbessernden sozialen Durchmischung, sollen künftig weniger öffentliche Mittel als bisher erhalten.</p>	<p>öffentlicher Trägerschaft, die mehr Kinder aus ärmeren, bildungsfernen Familien unterrichten, stärker durch die öffentliche Hand gefördert werden sollen. Schulen in nicht-öffentlicher Trägerschaft, die sich nicht auf den Weg machen, sollen nach Einführung eines neuen Finanzierungsmodells entsprechend geringer an den Erhöhungen des Schulzuschusses der öffentlichen Hand beteiligt werden.</p>	<p>gearbeitet. Wir wollen, dass die Finanzierung künftig stärker die soziale Verantwortungsübernahme widerspiegelt. Das bedeutet konkret, dass freie Schulen, die mehr Kinder aus ärmeren, bildungsfernen Familien unterrichten, stärker durch die öffentliche Hand gefördert werden. Schulen in nichtöffentlicher Trägerschaft mit einer schlechten, sich nicht verbessernden sozialen Durchmischung, sollen künftig weniger öffentliche Mittel als bisher erhalten. <u>Dabei wollen wir die Vorgaben des Koalitionsvertrages umsetzen und nicht mehr Geld an Privatschulen geben als bisher. Zusätzliche Mittel werden wir in die öffentlichen Schulen investieren, bei denen der Bedarf am höchsten ist.</u></p>	
---	---	---	--

L-01-581-3	GRÜNE JUGEND Berlin (Fachforum Bildung)	In Zeile 581 einfügen: <u>Mitbestimmungsmöglichkeiten wie beispielsweise Schulparlamente einzuführen. Allgemein gilt: Schüler*innen sind an Schulen die größte Gruppe. Deshalb müssen sie in der Schulkonferenz mindestens 50% der stimmberechtigten Personen stellen. Um ihrer Verantwortung gerecht werden zu können, müssen sie Zeit für die Einarbeitung in die zu besprechenden Themen bekommen und dabei aktiv von Lehrer*innen und Schulsozialarbeiter*innen unterstützt werden.</u>	Abstimmung
------------	---	--	------------